

**PROTOKOLL**

Sitzung der Vollversammlung

Datum: 10. Januar 2020

Uhrzeit: 14.10 Uhr – 16.20 Uhr

Ort: Hotel Grand Hyatt Berlin, Grand Ballroom A

Vorsitz: Dr. Beatrice Kramm – Präsidentin

Anwesend: Die in der Anwesenheitsliste verzeichneten Mitglieder

Jan Eder (Hauptgeschäftsführer)

Christoph Irrgang (Stellvertretender Hauptgeschäftsführer)

Vesna Mokorel Kalusa (Protokollführerin)

Tagesordnung:

TOP 1: Genehmigung des Protokolls der Vollversammlungssitzung vom 11. September 2019

TOP 2: Schwerpunkte der IHK-Arbeit 2020

TOP 3: Regularien

TOP 4: Finanzen der IHK Berlin

TOP 5: Verschiedenes

Frau Dr. Kramm begrüßt die Vollversammlungsmitglieder und wünscht ihnen für das neue Jahr und die anstehende neue Dekade alles Gute. Anschließend berichtet sie zu einer personellen Veränderung in der Vollversammlung. Prof. Dr. Karl Max Einhäupl ist altersbedingt aus seinem Unternehmen und somit aus der Vollversammlung ausgeschieden. Sie bedankt sich bei ihm für die sehr gute Zusammenarbeit und wünscht ihm für seinen neuen Lebensabschnitt alles Gute und viele neue Unternehmungen. Sein Nachrücker in der Wahlgruppe 1 – Gesundheitswirtschaft, Untergruppe Dienstleistungen – ist Herr Dr. Thorsten Dolla, besonders bestellter Bevollmächtigter, Sportmedizinisches Institut SiBerlin GmbH. Herr Dolla stellt sich der Vollversammlung kurz vor.

Die Vollversammlung genehmigt einstimmig die Tagesordnung.

Beim Eintritt in die Tagesordnung sind 55 Mitglieder der Vollversammlung anwesend.

TOP 1: Genehmigung des Protokolls der Vollversammlungssitzung vom 11. September 2019

Zum Protokoll der Vollversammlungssitzung vom 11. September 2019 gab es keine Protokoll-einwände.

Die Vollversammlung genehmigt einstimmig das Protokoll der Vollversammlungssitzung vom 11. September 2019.

TOP 2: Schwerpunkte der IHK-Arbeit 2020

a) Bericht zum aktuellen Stand bei der IHK Initiative für mehr unternehmerische Freiheit

Frau Dr. Kramm resümiert, dass das Jahr 2019 eine große Herausforderung war: Berlin wächst und der Senat setzt verstärkt auf Regulierung, statt gemeinsam mit der Wirtschaft Lösungen im Sinne einer nachhaltigen und sozialen Marktwirtschaft zu erarbeiten. Die politische Gesamtinteressenvertretung der IHK Berlin sei schon immer geprägt davon, sich gegen zu viel staatlichen Einfluss und Beschränkung des Wettbewerbs einzusetzen. Die aktuelle Standortpolitik des Landes Berlin hat jedoch die Situation durch die Themen Enteignung und Mietendeckel noch einmal deutlich verschärft. Aus diesem Grund hat die IHK Berlin erwogen, zusätzlich zur klassischen täglichen Politikarbeit eine gesonderte Kampagne zu starten. Diese Idee wurde in den Gremien mit positivem Feedback diskutiert und dabei der Bedarf geäußert, einen derartigen Kampagnenentwurf professionell durch eine Agentur erarbeiten zu lassen. Die Ergebnisse dieses Auftrags wurden in den letzten beiden Vollversammlungssitzungen im Juni und September 2019 vorgestellt und diskutiert. Im Zuge der Entwicklungen in den letzten Monaten hat das Präsidium auf Bitte von Frau Dr. Kramm die Lage noch einmal analysiert und verschiedene Erkenntnisse gewonnen: Das Gesetz zum Mietendeckel kommt und wird nun ein Fall für die Gerichte – die Wirkung von vorhandenen Kampagnen anderer Wirtschaftsakteure erwiesen sich als begrenzt. Zudem liegt dem Kampagnenentwurf (Agentur Scholz & Friends) ein hoher Budgeteinsatz zugrunde und der vorgeschlagene Claim konnte noch nicht voll überzeugen, insbesondere auch aus kammerrechtlichen Gesichtspunkten. Deshalb hat das Präsidium im November beschlossen, zu überprüfen, ob es eine Kampagne (und wenn ja mit welchem Inhalt) geben soll. Frau Dr. Kramm betont, dass diese Entscheidung nicht bedeutet, dass keine IHK-Aktivitäten stattfinden werden. Vielmehr wird die Stärkung der unternehmerischen Freiheit zukünftig als ständiges Credo in die tägliche IHK-Arbeit eingeflochten werden. Zusätzlich sollen Maßnahmen und Aktionen gefunden werden, die die Themen „Marktwirtschaft“, „Wettbewerb“ und „unternehmerische Freiheit“ kampagnenartig voranbringen könne. Dazu soll demnächst ein Umsetzungsplan mit weiteren Schritten in einem gemeinsamen Workshop mit dem Präsidium entwickelt und der Vollversammlung präsentiert werden.

b) Arbeitsprogramm 2020 inklusive Themenschwerpunkte der Gremienarbeit

Herr Eder stellt anschließend das geplante Arbeitsprogramm mit den Themenschwerpunkten der Gremienarbeit im Jahr 2020 vor. Mit Blick auf die ausführliche Darstellung im zweiten Teil des Programms weist er darauf hin, dass die IHK Berlin gesetzlich zur Wahrnehmung der Interessen der Berliner Wirtschaft verpflichtet ist und daher zu allen wirtschaftspolitischen Themen arbeits- und aussagefähig sein sollte. Gleichzeitig legitimiert das von der Vollversammlung beschlossene Arbeitsprogramm die inhaltliche Arbeit der IHK Berlin auch in rechtlicher Hinsicht. Herr Eder berichtet, dass auch dieses Jahr die Erarbeitung der Themenschwerpunkte über mehrere Monate in einem engen Zusammenspiel zwischen Fach- und Branchenausschüssen sowie der Vollversammlung stattgefunden hat – zuletzt in einem Treffen aller Ausschussvorsitzenden. Der Ruf nach mehr unternehmerischer Freiheit in der Standortpolitik zieht sich dabei auf Wunsch des Ehrenamts als roter Faden durch folgende Themenschwerpunkte: Stärkung der unternehmerischen Freiheit in Berlin, Klimaschutz und Energiewende mit der Berliner Wirtschaft gestalten, Stärkung der Dualen Ausbildung & Fachkräftesicherung, Stärkung des Innovationsstandorts Berlin, Entwicklung von Gewerbeflächen und Stadtquartieren, Beschleunigung des Wohnungsbaus sowie Sicherung eines flüssigen Wirtschaftsverkehrs. Herr Eder bedankt sich bei den beteiligten Gremien für die gute und enge Zusammenarbeit bei der inhaltlichen Schwerpunktsetzung und informiert abschließend über das neue Format des Jahresberichts. Dieser wird in der Druckversion deutlich kürzer, dafür aber in seiner digitalen Form themenbezogen umfangreicher ausfallen. Die Broschüre „Unsere IHK“ wird es weiterhin auch in Druckform geben.

An der anschließenden Diskussion beteiligen sich die Herren Eder, Fietkau, Groth und Weber sowie Frau Dr. Kramm. Einige Vollversammlungsmitglieder äußern ihre Enttäuschung darüber, dass die Kampagnenidee noch nicht realisiert werden konnte. Frau Dr. Kramm und Herr Weber verweisen auf die bereits aufgeführten Argumente, die der Entscheidung des Präsidiums für eine langfristige Kampagne zugrunde lagen und betonen die Chance, mit spezifischen Aktionen flexibler und schneller auf aktuelle Entwicklungen reagieren zu können. Punktuell ist eine professionelle Begleitung dieser Aktionen auch weiterhin eine realistische Option. Herr Groth fragt, wieso sich die IHK Berlin nicht den bereits laufenden Kampagnen anderer Stakeholder in der Stadt angeschlossen hat. Hierzu erklärt Herr Eder, dass die IHK Berlin sich als Körperschaft des öffentlichen Rechts bei Ausübung ihrer Aktivitäten in einem engen gesetzlichen Rahmen befinde und daher eine Beteiligung an Kampagnen anderer Verbände nur sehr restriktiv stattfinden könnte.

Die Vollversammlung spricht sich sodann mit großer Mehrheit gegen eine Umsetzung der Kampagne in der derzeitigen Fassung aus. Sie befürwortet eine neue Ausrichtung der Aktivitäten zur Stärkung der unternehmerischen Freiheit bis hin zu einem entsprechenden Claim.

Zum Arbeitsprogramm gibt es aus der Mitte der Vollversammlung keine weiteren Anmerkungen oder Anregungen.

Die Vollversammlung beschließt einstimmig ihr Arbeitsprogramm 2020, wie mit der Anlage 1 zur Einladung mitversendet.

Das beschlossene Arbeitsprogramm ist dem Protokoll als Anlage 2 beigefügt.

c) Bericht zum aktuellen Stand im Innovationsprojekt der IHK Berlin

Bereits seit vielen Jahren verfolgt die IHK Berlin das Ziel, sich für die Zukunft zu rüsten und entsprechend aufzustellen. In den letzten zwei Jahren ist neben der Digitalisierungsoffensive der Fokus insbesondere auf die strategische Mitgliederausrichtung gesetzt worden. Um die Leistungen der IHK gezielter an den Bedarfen der Mitglieder auszurichten, hat die Vollversammlung im Januar 2019 Haushaltsmittel für ein mehrjähriges Innovationsprojekt bewilligt. Nach nun einem Jahr geben Frau Steinbrück, Frau Trommsdorf, Frau Reimann und Herr Maischak aus der Sicht des Hauptamtes anhand der als Anlage 3 beigefügten Präsentation einen Einblick in die Arbeit des Projektes in den mitgliederrelevanten Schwerpunkten Fachkräfte, Meinungsbildung und Vernetzung sowie zur neu eingeführten Methode des Design Thinking innerhalb der IHK Berlin. Im Bereich der Meinungsbildung ist die Zielstellung der IHK Berlin, mehr Mitglieder zur Beteiligung an der Gesamtinteressenvertretung zu aktivieren, weshalb verschiedene Arten der Ansprache und verschiedene Möglichkeiten der Beteiligung getestet und analysiert wurden. Beispielhaft wird die Verwaltungskampagne „Eine Stadt, eine starke Verwaltung“ genannt, die für die Ansprache erfolgreich auf Partnereinbindung zur Verbesserung der Reichweite aufbaute und den Unternehmen als Möglichkeit zur Beteiligung vorbereitete Mailtemplates angeboten hat, mit denen sie ihre Stimme zur Bedeutung des Verwaltungspakts für die Wirtschaft direkt gegenüber den Bezirksbürgermeistern äußern konnten. Getestet wurde auch, ob Mitglieder eher bereit sind, sich an Meinungsbildungsprozessen zu beteiligen, wenn sie ein konkretes Serviceangebot zum jeweiligen Thema nutzen. Mit dem „Wirtschaftlichkeitsrechner“ hat die IHK ein Tool zur Verfügung gestellt, mit dem Unternehmen berechnen können, welche finanziellen Auswirkungen die geplante CO₂-Bepreisung auf ihr Unternehmen hat. Die Mitglieder wurden aufgefordert, diese Werte zu ermitteln und anschließend ihre Betroffenheit in die politische Meinungsbildung einzubringen. Das erste Ergebnis war: das Tool wurde zwar genutzt, dies führte aber nicht dazu, sich an der Positionierung zur CO₂-Bepreisung zu beteiligen bzw. der IHK Berlin die Ergebnisse hierfür zu übermitteln. Im Bereich Fachkräfte möchte die IHK Berlin einen Prozess der Co-Creation anstoßen, in dem KMUs, Start-Ups, Sozialunternehmen, Forschungseinrichtungen, Verwaltung, Oberstufenzentren und viele weitere gemeinsam in einer physischen und virtuellen Lernortkooperation konkrete Lösungen zum Thema Fachkräftemangel erarbeiten und marktfähig machen.

TOP 3: Regularien

a) Anpassung der Prüfungsordnung für die Sachkundeprüfung im Bewachungsgewerbe

Die Prüfungsordnung für die Sachkundeprüfung Bewachungsgewerbe der IHK Berlin beruht auf der Musterprüfungsordnung des DIHK. Da eine Änderung der Musterprüfungsordnung auch die

Anpassung der Prüfungsordnung für die Sachkundeprüfung Bewachungsgewerbe der IHK Berlin bedarf, muss diese Änderung in der Sitzung beschlossen werden.

Die Vollversammlung beschließt einstimmig die Änderung der Prüfungsordnung für Sachkundeprüfung in Bewachungsgewerbe, wie mit der Anlage 2 zur Einladung mitversendet.

b) Änderung der Anlage zur Gebührenordnung (Gebührentarife)

Die Gebührenordnung der IHK Berlin wurde zuletzt im Januar 2019 geändert. In diesem Jahr wurde im Bereich Sach- und Fachkundeprüfung eine Kostenevaluierung durchgeführt, die gezeigt hat, dass Gebühren bei einigen Sach- und Fachkundeprüfungen zum Nachweis der fachlichen Eignung nicht mehr kostendeckend sind. Deshalb sollen diese Gebühren entsprechend angehoben werden.

Die Vollversammlung beschließt anschließend einstimmig die Änderung der Anlage zur Gebührenordnung (Gebührentarife), wie mit der Anlage 4 zur Einladung zugesandt.

TOP 4: Finanzen der IHK Berlin

Frau Dr. Kramm weist darauf hin, dass die Beschlussfassung der Vollversammlung zur Wirtschaftsführung für das Jahr 2020 einer der wichtigsten Punkte der Tagesordnung ist. Sie erläutert, dass der Wirtschaftsplan der Planung und Deckung des Ressourcenbedarfs dient, der zur Erfüllung der Aufgaben der IHK Berlin im Geschäftsjahr notwendig ist. Hierzu hatte am 12. Dezember 2019 bereits ein Vollversammlungsgespräch stattgefunden, in welchem rege über die einzelnen Fragen des Haushalts diskutiert wurde. Mit Blick auf den Forecast für das vorangegangene Wirtschaftsjahr 2019 hebt sie hervor, dass 2019 kein großes Ergebnis, sondern voraussichtlich eine „schwarze“ Null erzielt werde. Schwerpunkte für das Geschäftsjahr 2020 lägen im Wesentlichen in der Errichtung des Business Welcome Centers, der Fortführung der Digitalisierung und Innovationssteigerung der IHK Berlin sowie der Finanzierung des Erwerbs des Grundstücks vom VBKI. Möglich seien diese Schwerpunkte insbesondere deshalb, weil die IHK Berlin hierfür in der Vergangenheit Rücklagen bilden konnte. Nach den Beitragssenkungen der vorangegangenen Jahre ist aber nicht mehr damit zu rechnen, dass größere Rücklagen aus Ergebnissen gebildet werden können. Deshalb müssten für die Planung der Haushalte der kommenden Jahre Maßnahmen ergriffen werden, um das Leistungsangebot der IHK Berlin aufrechtzuerhalten und entsprechende Schwerpunkte setzen zu können.

Dies konkretisiert Frau Witt anhand der als Anlage 4 beigefügten Präsentation zunächst für die Entwicklung des Haushalts 2019 (Folien 3-6). Die wesentlichen Abweichungen gegenüber dem Wirtschaftsplan 2019 erläutert sie anhand von Folie 5. Frau Witt geht in diesem Zusammenhang auch auf die Verwendung des noch verfügbaren Teils des Ergebnisses 2018 ein. Nach dem Vorschlag von Präsidium und Etatkommission solle dies mit Blick auf den erheblichen Instandhaltungsbedarf für das LEH bis 2029 (Folie 6) der Instandhaltungsrücklage zugeführt werden. Des Weiteren erläutert Frau Witt die wesentlichen Einflussfaktoren für den Haushalt 2020 (Folie 7-

18). Bei den Betriebserträgen erklärt sie den moderaten Rückgang bei den Erträgen aus Beiträgen im Vergleich zum Wirtschaftsplan 2019. Dass die Erträge nicht steigen, sei Folge der geplanten und beschlossenen Beitragssenkungen der vorangegangenen Jahre (Folie 11). Mit Blick auf den Rückgang der Erträge im Forecast 2019 weist sie in diesem Zusammenhang auf die Bedeutung der Ausgleichsrücklage hin. Sie werde vorgehalten, um ungeplante Schwankungen bei den Beiträgen abzusichern. Hinsichtlich der Finanzierung des Erwerbs des VBKI-Grundstücks erklärt sie, dass der vorgestellte Finanzplan zwar eine Finanzierung ausschließlich mit Hilfe von Eigenmitteln vorsehe. Allerdings empfehlen Etatkommission und Präsidium, über die Art der Finanzierung – entweder vollständig mit Eigenmitteln oder unter teilweiser Aufnahme von Fremdmitteln – erst im Rahmen eines Nachtragsfinanzplans im September 2020 abschließend zu entscheiden (Folien 15 ff.). Im Kern gehe es um die Frage, welchen finanziellen Spielraum die IHK Berlin künftig benötige. Dem mittelfristigen Erfolgsszenario sei insbesondere zu entnehmen, in welchem Umfang die Rücklagen planmäßig verbraucht werden. Um bei planmäßigem Rücklagenverbrauch künftig negative Ergebnisse zu vermeiden, müsse die IHK Berlin für die Wirtschaftsjahre ab 2021 Maßnahmen ergreifen, um künftig ausgeglichene Haushalte planen und, wie von Frau Dr. Kramm erläutert, in gewohntem Umfang thematische Schwerpunkte setzen zu können. Sie weist darauf hin, dass hierfür sowohl die Aufwands- als auch die Ertragsseite betrachtet werden müsste und als letztes Mittel auch Beitragserhöhungen denkbar seien.

An der anschließenden Diskussion beteiligen sich die Herren Dortans und Hüfner sowie die Damen Dr. Kramm und Witt. Thematisiert werden die geplanten Maßnahmen zur Sicherstellung der mittelfristigen Finanzierung. Es wird betont, dass Beitragserhöhungen nur ultima ratio sein sollten. Dazu wird erläutert, dass eine Vielzahl von Maßnahmen denkbar sei, um ausgeglichene Haushalte zu erreichen. Diese diskutiert die Etatkommission, um Vorschläge für Präsidium und Vollversammlung zu erarbeiten.

Die Vollversammlung fasst sodann einstimmig den folgenden Beschluss: In der Sitzung der Vollversammlung am 11. September 2019 wurde der Jahresabschluss 2018 mit einem Ergebnis von 17.393.957,06 Euro festgestellt. Davon wurden mit Beschluss der Vollversammlung vom 11. Januar 2019 10.305.945,43 Euro zum Ausgleich des Wirtschaftsplans 2019 auf neue Rechnung vorgetragen. Der noch verfügbare Teil des Ergebnisses i.H.v. 7.088.011,63 Euro wird der Instandhaltungsrücklage zugeführt.

Abschließend beschließt die Vollversammlung einstimmig die Wirtschaftssatzung für das Geschäftsjahr 2020, wie in der Anlage 17 zur Einladung mitversendet.

TOP 5: Verschiedenes

a) Nachberufungen in die Ausschüsse der IHK Berlin

Frau Dr. Kramm ruft die vorgelegten Interessenbekundungen für eine Mitarbeit in den Ausschüssen auf. Sie freut sich, dass das Hauptamt seit der letzten Sitzung weitere Interessenbekundungen für die Mitarbeit in den Ausschüssen erreicht haben.

Die Vollversammlung stimmt mit einer Enthaltung den Berufungsvorschlägen, wie mit der Anlage 18 zur Einladung gesendet, zu.

b) Vorstellung des Netzwerkes Unternehmensverantwortung

Im Herbst letzten Jahres wurde das Netzwerk Unternehmensverantwortung gegründet. Frau Antje Meyer, die das Netzwerk als Vorsitzende leitet, informiert die Vollversammlung über die Zielstellung und die Mitglieder des Netzwerks. Aufgabe der Gruppe wird es sein, die Themen Nachhaltigkeit und verantwortungsbewusstes Handeln in den Berliner Unternehmen zu stärken. Der Begriff Verantwortung bezieht sich dabei auch auf Themen wie die Wahrung der Beschäftigtenrechten in Drittstaaten, transparente Lieferketten, Sensibilisierung für den Klimaschutz und faire Arbeitsbedingungen. Für das Gremium sollen sowohl weitere große und mittelständische Unternehmen als auch Start-Ups gewonnen werden. Interessierte Vollversammlungsmitglieder sind dazu eingeladen, sich im Netzwerk zu engagieren.

c) Bericht zur Bundeskonferenz der Wirtschaftsjunoren im September 2020

Herr Kündiger informiert die Vollversammlung über die Bundeskonferenz der Wirtschaftsjunoren, die im September 2020 durch die Wirtschaftsjunoren Berlin ausgerichtet wird. Die Konferenz, bei der ca. 1200 Wirtschaftsjunoren aus dem Bundesgebiet und aus dem Ausland erwartet werden, wird sich den Themen Digitalisierung, Nachhaltigkeit und Fachkräftegewinnung widmen. Er bittet die Vollversammlungsmitglieder, die Konferenz und die Organisatoren zu unterstützen. Frau Dr. Kramm ermutigt die Vollversammlung, die junge Berliner Wirtschaft bei der Ausrichtung der Konferenz im Rahmen eines Sponsorings zu unterstützen.

Abschließend informiert Frau Dr. Kramm die Vollversammlung, dass die Junisitzung auf den 8. Juni 2020 vorverlegt wurde.

Frau Dr. Kramm schließt die Sitzung um 16.20 Uhr.

Berlin, den 24. Januar 2020



Dr. Beatrice Kramm

Präsidentin



Jan Eder

Hauptgeschäftsführer

Anlagen:

- Anlage 1: Anwesenheitsliste der Teilnehmer
- Anlage 2: Arbeitsprogramm 2020 für die Berliner Wirtschaft
- Anlage 3: Präsentation Innovationsprojekt
- Anlage 4: Präsentation Haushalt